

WIRTSCHAFTSPLAN



2014

Inhaltsverzeichnis

Vorebericht	Seite 3
Allgemeines.....	Seite 3
Aufbau des Wirtschaftsplanes.....	Seite 5
Finanzwirtschaft im Jahr 2012.....	Seite 6
Finanzwirtschaft im Jahr 2013.....	Seite 8
Finanzwirtschaft im Jahr 2014.....	Seite 10
 Haushaltssatzung	 Seite 15
 Erfolgsplanung 2014 und mittelfristige Finanzplanung bis 2017.....	 Seite 16
Erläuterungen zum Erfolgsplan.....	Seite 17
 Vermögensplanung 2014	 Seite 21
Erläuterungen zur Vermögensplanung.....	Seite 22
 Bestand der Rücklage zur Erfüllung satzungsmäßiger Zwecke.....	 Seite 24
 Geförderte Maßnahmen aus der Mittelverwendung	 Seite 25
 Stiftungssatzung	 Seite 26
 Testament (Auszug).....	 Seite 28
 Vertretung der Stiftung	 Seite 29

Vorbericht

Allgemeines

Die Frese-Peters-Stiftung wurde aufgrund der testamentarischen Bestimmungen des 1982 verstorbenen Herrn Dr. Horst Frese, der zuletzt in Nümbrecht wohnte, gegründet. In diesem Testament hat Dr. Frese festgelegt, dass sein gesamtes Vermögen in eine Stiftung eingebracht werden soll, deren Träger die Gemeinde Nümbrecht ist, dass heißt die Stiftung selbst ist rechtlich unselbstständig, die Gemeinde muss für die Stiftung handeln.

Das Vermögen von Dr. Frese bestand aus mehreren Immobilien in Wuppertal und Nümbrecht. Dr. Frese hat des Weiteren verfügt, dass die Verantwortung für die Stiftung durch einen Verwaltungsrat übernommen wird, der aus dem Bürgermeister, einem Vorstandsmitglied der Volksbank Oberberg eG und drei Mitgliedern des Rates der Gemeinde Nümbrecht besteht.

Eine weitere Bestimmung im Testament verlangt die Verwaltung der Stiftung nach privatrechtlichen Gesichtspunkten mit dem Ziel eines größtmöglichen Ertrages. Die Substanz des Stiftungsvermögens ist grundsätzlich zu erhalten.

Als Zweck der Stiftung hat Dr. Frese die Erhaltung der Kurparkanlagen und deren Verschönerung, die Förderung des Fremdenverkehrs in der Gemeinde Nümbrecht sowie die Verschönerung des Ortes Nümbrecht und ähnliche Maßnahmen festgeschrieben. Damit sind die Erträge, die die Stiftung aus ihrem Vermögen erzielt, an diese Zwecke gebunden und dürfen nicht beliebig eingesetzt werden.

Zu dem ererbten Vermögen gehörte auch ein Gebäude im Eigentum der Anton Frese-Erben GmbH, deren alleiniger Gesellschafter Dr. Horst Frese war. Nachdem Mitte der achtziger Jahre entschieden wurde, die Immobilien in Wuppertal komplett zu veräußern, weil die Unterhaltung und Verwaltung der Objekte unwirtschaftlich war, beschloss der Rat der Gemeinde Nümbrecht, die Anton Frese-Erben GmbH für Zwecke der Gemeinde Nümbrecht einzusetzen. Aus diesem Grunde haben sowohl die Gemeinde

Kapitalanlagen in Form von Sacheinlagen, als auch die Frese-Peters-Stiftung Kapitaleinlagen in Höhe der erzielten Verkaufserlöse in die Anton Frese-Erben GmbH eingebracht. Die Anton Frese-Erben GmbH hat mit diesem Kapital u.a. das Park-Hotel errichtet und andere für die Gemeinde sehr wichtige Projekte verwirklicht.

Nach einigen Jahren wurde dann von der Aufsichtsbehörde festgestellt, dass eine Beteiligung der Frese-Peters-Stiftung an der Anton Frese-Erben GmbH aus juristischen Gründen nicht möglich ist. Aus diesem Grunde wurde das Vermögen der Stiftung aus der GmbH heraus genommen.

Da das Vermögen der Frese-Peters-Stiftung aufgrund der testamentarischen Bestimmungen von Dr. Frese zwar gewinnbringend, nicht aber zwangsweise in Nümbrecht angelegt werden muss, wurden Wohnimmobilien in Berlin, ein Einkaufsmarkt in Wiehl und das Haus der Kunst in Nümbrecht erworben.

Anders bei den erzielten Gewinnen: Sie dürfen nur in Nümbrecht – und zwar nur im Ort Nümbrecht – und nur für die genannten Zwecke eingesetzt werden. Dr. Frese war sich der Tatsache bewusst, dass damit bessere Entwicklungschancen gegeben sind, als bei der Investition in ein einzelnes Projekt. Denn diese Klausel versetzt die Gemeinde Nümbrecht, gerade in Zeiten knapper Kassen, in die Lage, mit den aus dem Stiftungsvermögen erzielten Erträgen, Maßnahmen zu finanzieren, die ansonsten aufgrund der prekären Haushaltslage nicht finanzierbar wären. Es muss also das Interesse der Stiftung sein, das Stiftungsvermögen so lukrativ wie möglich anzulegen, um möglichst viele Projekte verwirklichen zu können.

Aufbau des Wirtschaftsplanes

Bis zum Geschäftsjahr 2011 wurde den Verwaltungsratsmitgliedern der Wirtschaftsplan in komprimierter Form vorgelegt. Seit dem Geschäftsjahr 2012 befindet sich die Stiftung in Bezug auf ihr Stiftungsvermögen in einem Umbruch. Es ist Wille des Verwaltungsrates und der Geschäftsführung, das Vermögen in Berlin zu veräußern und in Immobilienwerte vor Ort anzulegen. Gemäß § 7 der Stiftungssatzung hat auch der Gemeinderat Nümbrecht über Verkauf und Erwerb von Stiftungsvermögen seine Zustimmung zu erteilen. Die weitreichenden Entscheidungen sollten auf Grundlage ausreichender Planunterlagen erfolgen. Die Wirtschaftspläne an 2012 sollen dies in entsprechender Form machen.

Gemäß den haushaltsrechtlichen Grundlagen, soll der Wirtschaftsplan vor dem zu planenden Jahr verabschiedet werden. Den Gremien ist das Ergebnis des Vorjahres, die Plandaten des laufenden Jahres, das eigentliche Planjahr und die mittelfristige Finanzplanung für drei weitere Jahre zur Verfügung zu stellen.

Der Erfolgsplan und die Vermögensplanung berücksichtigen seit 2012 die mittelfristige Finanzplanung. Der vorliegende Wirtschaftsplan 2014 bildet somit eine mittelfristige Finanzplanung bis 2017 ab. Der Vorbericht verschafft neben einem allgemeinen Teil auch einen Überblick über das Ergebnis des Vorjahres, des laufenden Jahres, des eigentlichen Planjahres und der mittelfristigen Finanzplanung.

Als Anlage zum Wirtschaftsplan wird den Verwaltungsratsmitgliedern eine Übersicht über den Stand der Rücklage zur Erfüllung satzungsmäßiger Zwecke, eine Übersicht über die Mittelverwendung, die Stiftungssatzung und Auszüge aus dem Testament zur Verfügung gestellt.

Die Kontaktdaten des Verwaltungsrates und der Geschäftsführung sind ebenfalls als Anlage beigelegt.

Finanzwirtschaft im Jahr 2012 (Vorjahr)

Das Wirtschaftsjahr 2012 stellt sich in Planung und Ergebnis wie folgt dar:

	Plan 2012 EUR	GuV 2012 EUR	Abw. +/- EUR
1. Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	174.900,00	181.475,69	+6.575,69
2. Zinserträge	21.500,00	9.963,92	-11.536,08
3. Sonstige Erträge	47.800,00	1.894,46	-45.905,54
4. Aufwendungen aus der Erbringung satzungsmäßiger Leistungen	-0,00	-31.478,91	+31.478,91
5. Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung	-71.300,00	-42.662,15	-28.637,85
6. Rechts- und Beratungskosten	-8.000,00	-13.895,62	+5.895,62
7. Abschreibungen auf Sachanlagen	-47.100,00	-43.568,00	-3.532,00
8. <u>Sonstige Aufwendungen</u>	-5.200,00	-4.273,48	-926,52
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	112.600,00	57.455,91	-55.144,09
10. <u>Steuern vom Einkommen und Ertrag</u>	-9.500,00	-9.156,61	-343,39
11. Jahresüberschuss	103.100,00	48.299,30	-54.800,70
12. Mittelvortrag aus dem Vorjahr	-0,00	-122.237,00	+122.237,00
13. <u>Entnahmen aus den Rücklagen zur Erfüllung satzungsmäßiger Leistungen</u>	-0,00	31.478,91	+31.478,91
14. <u>Mittelvortrag</u>	-0,00	-42.458,79	+42.458,79

Die Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2012 weist einen Jahresüberschuss – vor Aufwand aus der Erbringung satzungsgemäßer Leistungen – in Höhe von 79.778,21 EUR aus.

Aufgrund des Mittelvortrages aus dem Vorjahr (aus der Wertberichtung des Objektes „Haus der Kunst“) in Höhe von 122.237,00 EUR ergibt sich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 42.458,79 EUR, der als negativer Mittelvortrag auf das Jahr 2013 zu übertragen ist.

Ergänzend:

In 2012 waren umfangreiche Sanierungsmaßnahmen am Netto-Markt und am Wohnhausteil des Haus der Kunst eingeplant.

Der Fassadenanstrich am Netto-Markt ist um rd. 9.000 EUR günstiger abgerechnet worden. Die Fenstersanierung am Haus der Kunst konnte in 2012 nicht durchgeführt werden und wurde nach 2013 verschoben.

Finanzwirtschaft im Jahr 2013 (laufendes Jahr)

Das Wirtschaftsjahr 2013 stellt sich in Planung und Prognose wie folgt dar:

	Plan 2013	Prognose 2013	Abw. +/-
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	193.400,00	172.733,07	-20.666,93
2. Zinserträge	19.500,00	5.540,74	-13.959,26
3. Sonstige Erträge	0,00	34.686,45	+34.686,45
4. Aufwendungen aus der Erbringung satzungsmäßiger Leistungen	-0,00	-11.766,32	+11.766,32
5. Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung	-28.100,00	-61.984,44	+33.884,44
6. Rechts- und Beratungskosten	-6.700,00	-8.834,35	+2.134,35
7. Abschreibungen auf Sachanlagen	-53.600,00	-42.803,64	-10.796,36
8. <u>Sonstige Aufwendungen</u>	-6.000,00	-4.369,65	-1.630,35
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	118.500,00	83.201,86	-35.298,14
10. <u>Steuern vom Einkommen und Ertrag</u>	-18.000,00	-8.583,59	-9.416,41
11. Jahresüberschuss	100.500,00	74.618,27	-25.882,73
12. Mittelvortrag aus dem Vorjahr	-0,00	-42.458,79	+42.458,79
13. <u>Entnahmen aus den Rücklagen zur Erfüllung satzungsmäßiger Leistungen</u>	-0,00	+11.766,32	+11.766,32
14. <u>Mittelvortrag / endg. Jahresüberschuss</u>	-0,00	+43.925,80	+49.925,80

Ein Wirtschaftsplan für das Jahr 2013 wurde nicht beschlossen und insoweit handelte die Geschäftsführung im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung auf Basis des zuletzt beschlossenen Wirtschaftsplanes 2012 im Rahmen der gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen.

Es ist beabsichtigt, den Bericht der DHPG Dr. Harzem & Partner KG über die Erstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2013 kurzfristig nachzureichen und noch in dieser Legislaturperiode (bis 25.05.2014) zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Ergänzend:

Der Plan für 2013 ging von völlig anderen Voraussetzungen aus als im Ergebnis/Prognose ablesbar. Der Plan unterstellte den kompletten Abverkauf der Berliner Objekte und einer Neuanlage in Nümbrecht (Rettungswache). Ebenso wurde seinerzeit von einer günstigeren Zinslandschaft in Bezug auf die Zinserträge ausgegangen.

Im Aufwandsbereich hat es Verschiebungen von Sanierungsmaßnahmen von 2012 nach 2013 gegeben.

Finanzwirtschaft im Jahr 2014 (Planjahr) und ff

Vermögensplanung

Die Frese-Peters-Stiftung steht in Bezug auf ihr Anlagevermögen in einem Umbruch. Der Verwaltungsrat musste in 2011 im Rahmen der Verabschiedung der Jahresabschlüsse 2008 bis 2010 für die Berliner Immobilien Sonderabschreibungen vollziehen, da die Restbuchwerte nicht mehr als nachhaltig angesehen werden konnten. Insgesamt belief sich die Sonderabschreibung auf einen Betrag von in Höhe von rd. 331,9 TEUR. Der Verwaltungsrat hat daraufhin beschlossen, die Vermarktung der Objekte anzugehen. In 2013 konnte ein Reihenhaus in Berlin-Bernau bereits veräußert werden. Dies führte zu einem Ertrag von rd. 30.000 EUR, da der Veräußerungserlös den Restbuchwert überstieg.

Nach Auskunft des beauftragten Maklers zieht der Immobilienmarkt in Berlin zurzeit an, was auf Veräußerungserlöse über dem aktuellen Restbuchwert hoffen lässt. Ebenso entsteht zur Zeit neben dem Mehrfamilienhaus in Berlin Pankow ebenfalls eine neue Wohnanlage, die den Wohnwert in diesem Bereich anhebt.

Für die Vermögensplanung sind die vom Verwaltungsrat Mindest-Verkaufserlöse eingeplant.

Ein Erwerb oder Bau von einer Neuanlage ist in der Vermögensplanung nicht dargestellt. Über die Neuausrichtung des Anlagevermögens hat der Verwaltungsrat entsprechende Beschlüsse zu fassen.

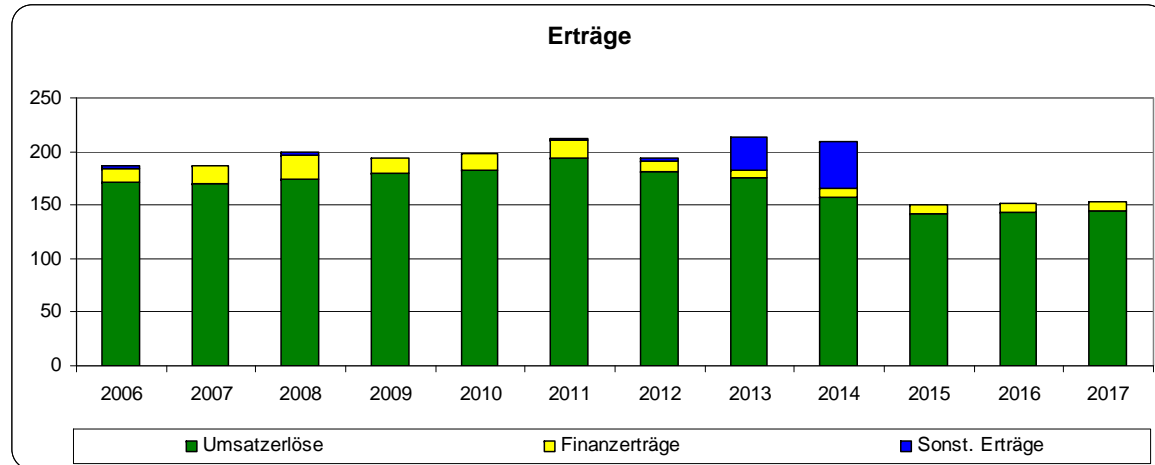
Neben den bereits vorgenannten Wertberichtigungen musste ebenfalls im Jahr 2011 eine Wertberichtigung für das Haus der Kunst vorgenommen werden. Diese belief sich auf insgesamt rd. 242,5 TEUR.

In der Konsequenz führten die Wertberichtigungen dazu, dass über einen Zeitraum von 2008 bis 2012 keine Jahresüberschüsse zu einer satzungsgemäßen Mittelverwendung generiert werden konnten. Im Gegenteil, in 2011 erfolgte ein Ausgleich in Höhe von rd. 90.000 EUR aus der Satzungsrücklage.

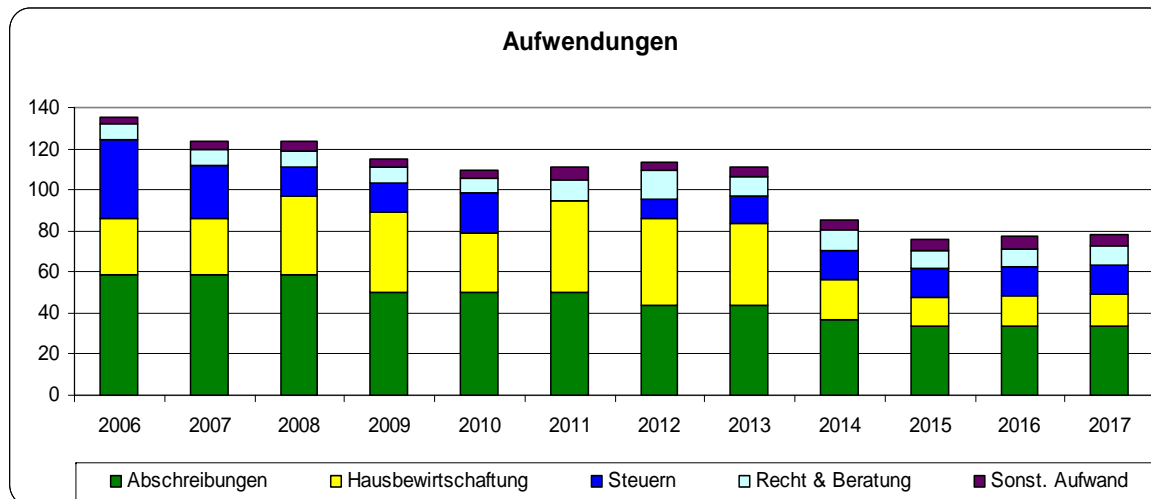
Erfolgsplanung

Gegenüber der letztmaligen Darstellung im Wirtschaftsplan hat sich die Ertragslage reduziert. Seinerzeit wurde die mögliche Ertragssituation aus einer Neuanlage dargestellt. Der Wirtschaftsplan 2014 berücksichtigt zwar den Verkauf der Berliner Immobilien, nicht aber eine Wiederanlage in neue Immobilien.

Die Entwicklung und Spartenaufteilung der Erträge ist grafisch dargestellt.

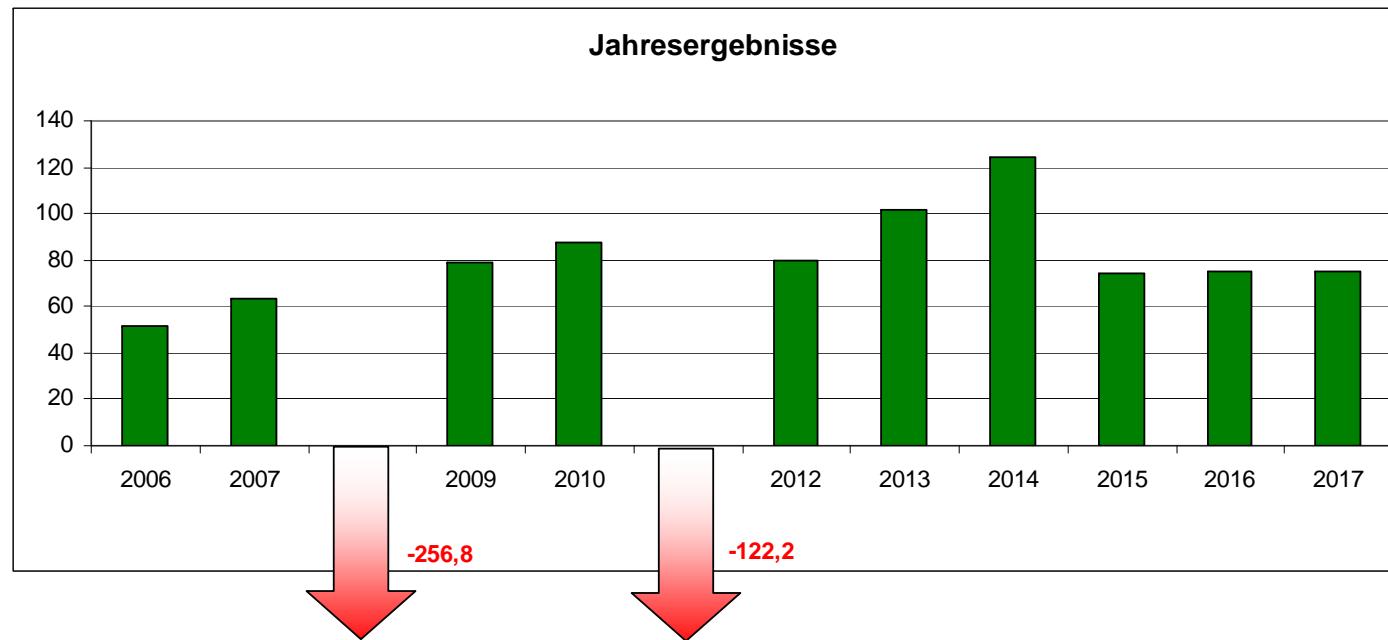


(Darstellung ohne Sonderabschreibungen)



Die Aufwendungen liegen deutlich unter denen der vergangenen Jahre. Im Bereich der Gebäudeunterhaltung waren die Vorjahre durch besonderen Sanierungsaufwand im Haus der Kunst und im Netto-Markt geprägt. Im Wirtschaftsplan 2014 ff wird nur der Regelunterhaltungsaufwand veranschlagt. Bei den Abschreibungen machen sich die Wertberichtigungen der vergangenen Jahre bemerkbar, da die Regelabschreibung jetzt auf geringeren Restbuchwerten basiert.

Die Entwicklung der Jahresergebnisse stellt sich wie folgt dar:



Kennzahlen

Cashflow

Der Cashflow gibt an, in welchem Umfang der Stiftung im Wirtschaftsjahr liquide Mittel zugeflossen sind, die für Steuerzahlungen, Investitionsauszahlungen oder Tilgung von Fremdkapital zur Verfügung stehen.

Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote gibt den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital an. Das Eigenkapital versteht sich als Summe aus Stammkapital, Ergebnisvortrag und Jahresergebnis. Eine hohe Eigenkapitalquote ist ein Indikator für eine günstige Vermögensausstattung der Stiftung.

Umsatzrentabilität

Die Umsatzrentabilität gibt Aufschluss über die Ertragslage des Unternehmens. Sie besagt, welcher Umsatzanteil als Betriebsergebnis nach Abzug der Aufwendungen verbleibt. Das ordentliche Betriebsergebnis ist hierbei das Ergebnis vor Ertragssteuern.

Eigenkapitalrentabilität

Die Eigenkapitalrentabilität gibt den prozentualen Anteil der Gewinne bzw. Verluste am Eigenkapital der Unternehmung an. Bei der Bildung der Kennzahl wird im Zähler vom Ergebnis nach Steuern und im Nenner vom Eigenkapital ausgegangen.

Cashflow ROI

Die Kennzahl gibt den erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss im Verhältnis zum dafür eingesetzten Kapital an, d.h. den Rückfluss des eingesetzten (Eigen- wie Fremd-) Kapitals an. Als Nennergröße fungiert auch hier die Bilanzsumme.

Anlagendeckungsgrad

Die Kennzahl gibt an, inwieweit die „goldene Bilanzregel“ erfüllt ist, die besagt, dass langfristig im Unternehmen gebundenes Vermögen auch durch solche Kapitalmittel finanziert sein sollte, die dem Unternehmen langfristig zur Verfügung stehen. Je größer der Kennzahlenwert ist, desto besser ist die Liquidität zum Stichtag.

Mehrjahresübersicht							
IST							
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Erträge	186,9	187,4	198,8	194,2	197,4	211,7	193,3
Jahresergebnisse	51,3	63,5	-256,8	79,0	87,8	-122,2	79,8
Afa	59,0	59,0	390,9	50,2	50,2	292,7	43,6
Ertragssteuerzahlungen	37,7	26,1	14,2	14,7	19,3	-19,3	9,2
Cashflow lfd. Tätigkeit	54,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bilanzsumme	3.379,7	3.439,6	3.102,8	3.172,5	3.275,1	3.140,3	3.193,0
Eigenkapital	3.355,0	3.403,7	3.085,7	3.158,5	3.245,9	3.118,1	3.166,4
Anlagevermögen	2.945,6	2.886,6	2.495,7	2.445,4	2.395,2	2.102,5	2.077,5
Umlaufvermögen	433,2	552,1	606,2	726,2	879,0	1.037,8	1.105,4
Eigenkapitalquote	99,3%	99,0%	99,4%	99,6%	99,1%	99,3%	99,2%
Umsatzrentabilität	47,6%	47,8%	-122,0%	48,2%	54,3%	-66,9%	46,0%
Eigenkapitalrentabilität	1,5%	1,9%	-8,3%	2,5%	2,7%	-3,9%	2,5%
Cashflow ROI	1,6%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Anlagendeckungsgrad	113,9%	117,9%	123,6%	129,2%	135,5%	148,3%	152,4%

Nümbrecht, Februar 2014

Aufgestellt:



Reiner Mast
Geschäftsführer

Haushaltssatzung

Gemäß § 97 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der z.Zt. geltenden Fassung in Verbindung mit §§ 14 bis 18 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der z.Zt. geltenden Fassung, hat der Verwaltungsrat der Frese-Peters-Stiftung am 20.03.2014 folgenden Wirtschaftsplan beschlossen:

§ 1

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2014

wird im Erfolgsplan	
im Ertrag auf	228.490,00 EUR
und im Aufwand auf	104.125,00 EUR
und im Vermögensplan	
in der Einnahme auf	375.000,00 EUR
und in der Ausgabe auf	20.000,00 EUR
festgesetzt.	

§ 2

Kredite werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr 2014 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 15.000,00 EUR festgesetzt.

ERFOLGSPLANUNG		<i>mittelfristige Finanzplanung</i>					
		Ergebnis	Prognose	Ansatz	Planung	Planung	Planung
		2012	2013	2014	2015	2016	2017
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1.	Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	181.475,69	172.733,07	157.400,00	142.000,00	143.000,00	144.000,00
2.	Zinserträge	9.963,92	5.540,74	8.000,00	8.500,00	9.000,00	9.500,00
3.	Sonstige Erträge	1.894,46	34.686,45	63.090,00	0,00	0,00	0,00
4.	Aufwendungen aus der Erbringung satzungsmäßiger Leistungen	31.478,91-	11.766,32-	0,00	0,00	0,00	0,00
5.	Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung	42.662,15-	61.984,44-	19.300,00-	14.000,00-	15.000,00-	16.000,00-
6.	Rechts- und Beratungskosten	13.895,62-	8.834,35-	10.300,00-	8.800,00-	8.800,00-	8.800,00-
7.	Abschreibungen auf Sachanlagen	43.568,00-	42.803,64-	55.525,00-	33.361,00-	33.361,00-	33.361,00-
8.	Sonstige Aufwendungen	4.273,48-	4.369,65-	4.800,00-	5.800,00-	5.800,00-	5.800,00-
9.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	57.455,91	83.201,86	138.565,00	88.539,00	89.039,00	89.539,00
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	9.156,61-	8.583,59-	14.200,00-	14.100,00-	14.100,00-	14.200,00-
11.	Jahresüberschuss	48.299,30	74.618,27	124.365,00	74.439,00	74.939,00	75.339,00
12.	Mittelvortrag aus dem Vorjahr	122.237,00-	42.458,79-	0,00	0,00	0,00	0,00
13.	Entnahmen aus den Rücklagen zur Erfüllung satzungsgemäßer Zwecke	31.478,91	11.766,32	0,00	0,00	0,00	0,00
14.	Mittelvortrag / Endg. Jahresüberschuss	42.458,79-	43.925,80	124.365,00	74.439,00	74.939,00	75.339,00

Erläuterungen zum Erfolgsplan

zu Zeile 1) Die Zusammensetzung der Umsatzerlöse ist nachfolgend dargestellt:

Objekt	2014	2015
Berlin Bernau (Mieten)	4.700 EUR	0 EUR
Berlin Bernau (NK)	1.300 EUR	0 EUR
Berlin Pankow (Mieten)	7.800 EUR	0 EUR
Berlin Pankow (NK)	1.600 EUR	0 EUR
Nümbrecht, Jakob-Engels-Str. (Miete)	32.100 EUR	32.100 EUR
Wiehl, Bechstraße (Miete)	109.900 EUR	109.900 EUR
	157.400 EUR	142.000 EUR

Ein Reihenhaus in Berlin Bernau wurde bereits in 2013 veräußert. Für die übrigen Berliner Objekte wird ein Verkauf zu Mitte des Jahres 2014 unterstellt.

zu Zeile 2) Die Stiftung verfügt über liquide Mittel aus denen Zinserträge generiert werden. Aufgrund des aktuell niedrigen Zinsniveaus können die Erträge nicht so hoch eingeplant werden wie in früheren Jahren.

Wie in der Vergangenheit bereits praktiziert, werden diese Mittel der Gemeinde, bzw. deren GmbHs als Kassenkredit zur Verfügung gestellt. Daneben erfolgt eine Festgeldanlage.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Wirtschaftsplanes gewährte die Stiftung Kassenkredite an die Gemeinde in Höhe von 800.000 EUR und an kommunale GmbHs in Höhe von 280.000 EUR. Der Festgeldbestand betrug rd. 150.000 EUR.

- zu Zeile 3) Der Verkauf der Berliner Objekte wird mit Veräußerungserlösen über dem Restbuchwert geplant. Die den Restbuchwert übersteigenden Kaufpreise führen zu Erträgen in der Erfolgsrechnung. Daneben erfolgt eine Erstattung des Oberbergischen Kreises für entstandene Planungskosten der Rettungswache in Höhe von rd. 18.600 EUR.
- zu Zeile 4) Sofern satzungsgemäße Mittelverwendungen erfolgen korrespondiert die Position zu Zeile 4) mit der Zeile 13) und ist insofern neutral veranschlagt.
- zu Zeile 5) Die Zusammensetzung der Aufwendungen ist nachfolgend dargestellt:

<u>Objekt</u>	<u>2014</u>	<u>2015</u>
Berlin Bernau (NK)	1.300 EUR	0 EUR
Berlin Bernau (Hausverwaltung)	300 EUR	0 EUR
Berlin Bernau (Erbpacht)	500 EUR	0 EUR
Berlin Bernau (Instandhaltung 7 EUR/qm)	500 EUR	0 EUR
Berlin Pankow (NK)	1.600 EUR	0 EUR
Berlin Pankow (Hausverwaltung)	600 EUR	0 EUR
Berlin Pankow (Instandhaltung 7 EUR/qm)	600 EUR	0 EUR
Nümbrecht, Jakob-Engels-Str. (Geb.-Vers. & Alarm)	2.500 EUR	2.600 EUR
Nümbrecht, Jakob-Engels-Str. (Instandhaltung 15 EUR/qm)	5.500 EUR	5.500 EUR
Wiehl, Bechstraße (Instandhaltung 7 EUR/qm)	5.900 EUR	5.900 EUR
	19.300 EUR	14.000 EUR

Daneben sind keine erhöhten besonderen Unterhaltungsmaßnahmen veranschlagt.

zu Zeile 6) Für die Finanz- und Anlagenbuchhaltung werden Mittel i.H.v. 1.500 EUR, für Jahresabschluss und entsprechenden Bericht 5.800 EUR und an Steuerberatungskosten 3.000 EUR vorgesehen. Ursprünglich war vorgesehen, ab 2013 die Finanz- und Anlagenbuchhaltung über die Gemeinde Nümbrecht durchführen zu lassen. Dies wird aber voraussichtlich erst ab 2015 umgesetzt werden können. Insofern reduziert sich die Veranschlagung ab 2015.

zu Zeile 7) Die Abschreibung sämtlicher Objekte wird grundsätzlich mit 2% p.a. verrechnet. Die in 2008 außerplanmäßig abgeschriebenen Objekte in Berlin werden ausgehend von ihren Restbuchwerten am 31.12.2008 entsprechend ihrer Restnutzungsdauer (2,637%) abgeschrieben. Das in 2011 außerplanmäßig abgeschriebene Objekt „Haus der Kunst“ wird entsprechend seinem Restbuchwert am 31.12.2011 entsprechend seiner Restnutzungsdauer (2,702%) abgeschrieben.

Objekt	2014	2015
Berlin Bernau (3.060 EUR zu ½)	1.530 EUR	0 EUR
Berlin Pankow (4.088 EUR zu ½)	2.044 EUR	0 EUR
Nümbrecht, Jakob-Engels-Str.	9.999 EUR	9.999 EUR
Wiehl, Bechstraße	23.362 EUR	23.362 EUR
Abgang auf geleistete Anzahlungen im Bau (Rettungswache)	18.590 EUR	0 EUR
	55.525 EUR	33.361 EUR

zu Zeile 8) Die sonstigen Aufwendungen setzten sich wie folgt zusammen:

	2014	2015
Grabpflege	400 EUR	400 EUR
Sitzungsgelder Verwaltungsrat	400 EUR	400 EUR
Nebenkosten des Geldverkehrs.	500 EUR	500 EUR
Verwaltungskostenbeitrag	3.500 EUR	4.500 EUR
	4.800 EUR	5.800 EUR

Ab 2015 ist geplant, die Finanz- und Anlagenbuchhaltung durch die Gemeinde wahrnehmen zu lassen (1.000 EUR). Dieses korrespondiert mit einer Einsparung bei den Rechts- und Beratungskosten.

zu Zeile 9) Zum Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, bzw. dem Jahresüberschuss wird auf die Erläuterungen des Vorberichtes verwiesen.

Zu Zeile 10) Für die Einkünfte aus Kapitalvermögen und Einkünften aus Vermietung und Verpachtung ist nach Abzug der Aufwendungen und des Freibetrages nach § 24 KStG (5.000 EUR) Körperschaftssteuer in Höhe von 15% zu zahlen. Hierauf entfällt dann noch ein Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 %.
Der Ertrag aus dem Verkauf der Berliner Immobilien unterliegt nicht der Besteuerung.

zu Zeile 11) Zum Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, bzw. dem Jahresüberschuss wird auf die Erläuterungen des Vorberichtes verwiesen.

VERMÖGENSPLANUNG		<i>mittelfristige Finanzplanung</i>					
		Ergebnis	Prognose	Ansatz	Planung	Planung	Planung
		2012	2013	2014	2015	2016	2017
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1.	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	135.000,00	375.000,00	0,00	0,00	0,00
2.	Summe Einzahlungen	0,00	135.000,00	375.000,00	0,00	0,00	0,00
3.	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	20.000,00	0,00	0,00	0,00
5.	Summe Auszahlungen	0,00	0,00	20.000,00	0,00	0,00	0,00
6.	Saldo (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	0,00	135.000,00	355.000,00	0,00	0,00	0,00

Erläuterungen zum Vermögensplan

- zu Zeile 1) Der Verwaltungsrat hat den Verkauf der Berliner Objekte beschlossen.
 In 2013 konnte das leerstehende Reihenhaus im Kirschgarten in Berlin-Bernau, Quittenring 13, zu einem Kaufpreis von 135.000 EUR veräußert werden.
 Die Wirtschaftsplanung 2014 berücksichtigt einen Verkauf der anderen Berliner Immobilien zu Mitte des Jahres 2014.
 Die für erzielbar gehaltenen Verkaufserlöse sind den Restbuchwerten nachfolgend gegenübergestellt:

Berlin-Bernau

	RBW 31.12.2013	Verkaufserlös	Ertrag
Reihenhaus Quittenring 25	100.000 EUR	120.000 EUR	20.000 EUR

Berlin-Pankow

	RBW 31.12.2013	Verkaufserlös	Ertrag
Eigentumswohnung 1	70.900 EUR	80.000 EUR	9.100 EUR
Eigentumswohnung 2	93.500 EUR	100.000 EUR	6.500 EUR
Eigentumswohnung 6	66.100 EUR	75.000 EUR	8.900 EUR

- zu Zeile 3) Es erfolgt zunächst keine Veranschlagung. Eine Veranschlagung erfolgt nach Beratung und Beschlussfassung im Verwaltungsrat.
- zu Zeile 4) Es erfolgt eine Veranschlagung für die Planung von neuen bzw. zur Erweiterung von Anlageobjekten (Postverteilzentrum und NETTO-Markt)

Bestand der Rücklage zur Erfüllung satzungsgemäßer Zwecke

Datum	Abwicklung des Geschäftsjahres						Bestand
31.12.1993							0,00 EUR
31.12.1994	Jahresüberschuss 1994 :	28.935,94 EUR	abzgl.	Gewinnverwendung 1994 :	0,00 EUR =	28.935,94 EUR	
31.12.1995	Jahresüberschuss 1995 :	46.756,68 EUR	abzgl.	Gewinnverwendung 1995 :	6.765,21 EUR =	68.927,41 EUR	
31.12.1996	Jahresüberschuss 1996 :	15.334,14 EUR	abzgl.	Gewinnverwendung 1996 :	0,00 EUR =	84.261,55 EUR	
31.12.1997	Jahresüberschuss 1997 :	45.013,34 EUR	abzgl.	Gewinnverwendung 1997 :	20.336,81 EUR =	108.938,08 EUR	
31.12.1998	Jahresüberschuss 1998 :	39.260,60 EUR	abzgl.	Gewinnverwendung 1998 :	0,00 EUR =	148.198,68 EUR	
31.12.1999	Jahresüberschuss 1999 :	123.914,91 EUR	abzgl.	Gewinnverwendung 1999 :	10.435,41 EUR =	261.678,18 EUR	
31.12.2000	Jahresüberschuss 2000 :	56.384,00 EUR	abzgl.	Gewinnverwendung 2000 :	81.831,11 EUR =	236.231,07 EUR	
31.12.2001	Jahresüberschuss 2001 :	77.835,33 EUR	abzgl.	Gewinnverwendung 2001 :	23.123,79 EUR =	290.942,61 EUR	
31.12.2002	Jahresüberschuss 2002 :	73.633,18 EUR	abzgl.	Gewinnverwendung 2002 :	28.365,83 EUR =	336.209,96 EUR	
31.12.2003	Jahresüberschuss 2003 :	72.761,70 EUR	abzgl.	Gewinnverwendung 2003 :	215.207,37 EUR =	193.764,29 EUR	
31.12.2004	Jahresüberschuss 2004 :	60.889,65 EUR	abzgl.	Gewinnverwendung 2004 :	35.761,47 EUR =	218.892,47 EUR	
31.12.2005	Jahresüberschuss 2005 :	53.304,94 EUR	abzgl.	Gewinnverwendung 2005 :	91.822,40 EUR =	180.375,01 EUR	
31.12.2006	Jahresüberschuss 2006 :	51.282,38 EUR	abzgl.	Gewinnverwendung 2006 :	46.703,86 EUR =	184.953,53 EUR	
31.12.2007	Jahresüberschuss 2007 :	63.531,40 EUR	abzgl.	Gewinnverwendung 2007 :	14.794,87 EUR =	233.690,06 EUR	
31.12.2008	Jahresüberschuss 2008 :	0,00 EUR	abzgl.	Gewinnverwendung 2008 :	61.247,57 EUR =	172.442,49 EUR	
31.12.2009	Jahresüberschuss 2009 :	0,00 EUR	abzgl.	Gewinnverwendung 2009 :	6.178,12 EUR =	166.264,37 EUR	
31.12.2010	Jahresüberschuss 2010 :	0,00 EUR	abzgl.	Gewinnverwendung 2010 :	446,85 EUR =	165.817,52 EUR	
31.12.2011	Jahresüberschuss 2011 :	0,00 EUR	abzgl.	Gewinnverwendung 2011 :	5.548,73 EUR =	160.268,79 EUR	
	Ausgleich Mittelvortrag :	-89.937,20 EUR			=	70.331,59 EUR	
31.12.2012	Jahresüberschuss 2012 :	0,00 EUR	abzgl.	Gewinnverwendung 2012 :	31.478,91 EUR =	38.852,68 EUR	
Plan:							
31.12.2013	Jahresüberschuss 2013 :	43.925,80 EUR	abzgl.	Gewinnverwendung 2013 :	11.766,32 EUR =	71.012,16 EUR	
Summen		762.826,79 EUR			691.814,63 EUR		

Geförderte Maßnahmen aus der Mittelverwendung

• Möblierung & Bepflanzung Kurpark und Ortskern Nümbrecht	77,1 TEUR
• Beteiligung rollstuhlgerechter Kurparkweg	7,7 TEUR
• Instandsetzung Minigolfanlage	17,6 TEUR
• Kinderspielplatz Kurpark	67,4 TEUR
• Bücher für Bücherei	5,1 TEUR
• Innerörtliche Beschilderung	31,2 TEUR
• Beschilderung Radwanderwege	21,3 TEUR
• Erweiterung Golfplatzanlage	121,4 TEUR
• Treppe Dorfplatz	86,4 TEUR
• ZOB & Wartehallen	76,2 TEUR
• Umgestaltung Schul- & Marktstraße	15,3 TEUR
• Sanierung Säulenbrunnen	10,9 TEUR
• Lindenallee Nümbrecht-Süd	4,0 TEUR
• Klangpfad	18,0 TEUR
• 875-Jahr-Feier	10,0 TEUR
• Nordic-Fitness-Park	14,5 TEUR
• Erneuerung Kurpark-Beleuchtung	49,8 TEUR
• Sanierung Aussichtsturm	3,9 TEUR
• Energieanschlüsse Bühne Kurpark	20,6 TEUR
• Wohnmobilstellplätze	18,4 TEUR
• Sonstiges	15,0 TEUR
	691,8 TEUR

Stiftungssatzung

§ 1 Sitz der Stiftung

Die Frese-Peters-Stiftung ist eine unselbstständige örtliche Stiftung und hat ihren Sitz in Nümbrecht.

§ 2 Zweck der Stiftung

- (1) Zweck der Stiftung sind die Erhaltung der Kurparkanlagen und deren Verschönerung, die Förderung des Fremdenverkehrs in der Gemeinde, die Verschönerung des Ortes und ähnliche Maßnahmen.
- (2) Die Stiftung ist nach privatrechtlichen Gesichtspunkten mit dem Ziel eines größtmöglichen Ertrages zu verwalten.

§ 3 Erhaltung des Stiftungsvermögens

- (1) Das Stiftungsvermögen ergibt sich aus der beigefügten Aufstellung.
- (2) Die Substanz der Stiftung an Sachwerten darf nicht durch Verkäufe und Belastungen verringert werden. Falls der Verkauf eines Objektes erfolgt, ist die Substanz durch Erwerb oder sonstige Beschaffung von Sachwerten in voller Höhe des Verkaufserlöses unverzüglich wieder zu ergänzen.

§ 4 Verwendung der Vermögenserträge

Die Erträge der Stiftung im Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung des Vermögens stehen für die Zwecke der Stiftung zur Verfügung, soweit sie nicht durch das Testament anderweitig gebunden sind.

§ 5 Verwaltung der Stiftung

Die Verwaltung der Stiftung erfolgt durch einen aus fünf Personen zusammengesetzten Verwaltungsrat und durch den Geschäftsführer.

§ 6

Zusammensetzung des Verwaltungsrates

- (1) Dem Verwaltungsrat gehören an:
 - der Bürgermeister der Gemeinde Nümbrecht, bzw. sein Stellvertreter, als Vorsitzender
 - ein Vorstandsmitglied der Volksbank Oberberg eG
 - drei Mitglieder des Gemeinderates Nümbrecht.
- (2) Die Mitglieder des Verwaltungsrates sind ehrenamtlich für die Stiftung tätig. Ihnen dürfen keine Vermögensvorteile zugewendet werden.

§ 7

Rechte und Pflichten des Verwaltungsrates

- (1) Der Verwaltungsrat hat im Rahmen der Gemeindeordnung und dieser Satzung den Willen des Stifters so wirksam wie möglich zu erfüllen. Seine Aufgaben sind insbesondere:
 - Bestellung des Geschäftsführers auf Vorschlag des Vorsitzenden und Überwachung der Geschäftsführung
 - Erwerb, Verkauf und Belastung von Grundstücken
 - Zustimmung bei Verträgen, wenn der Wert im Einzelfall den Betrag von EUR 25.000,00 übersteigt.
- (2) Der Erwerb, der Verkauf und die Belastung von Grundstücken bedürfen der Zustimmung des Gemeinderates.

§ 8

Beschlüsse

Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Sie beschließen mit Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

§ 9

Rechte und Pflichten des Geschäftsführers

- (1) Der Geschäftsführer führt, entsprechend den Bestimmungen der Eigenbetriebsverordnung, die laufenden Geschäfte der Stiftung, er führt die Bücher und stellt den Jahresabschluss auf. Das Stiftungsvermögen ist im Haushalt der Gemeinde Nümbrecht gesondert nachzuweisen.
- (2) Die Verwaltungskosten sind der Gemeinde zu erstatten.

§ 10

Zweckänderung, Aufhebung

Über die Umwandlung des Stiftungszweckes sowie die Zusammenlegung oder Aufhebung der Stiftung, einschließlich des Verbleibs des Stiftungsvermögens, entscheidet der Rat der Gemeinde Nümbrecht als Rechtsträger des Stiftungsvermögens. Der Beschluss bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Testament (Auszug)

Mein letzter Wille!

Ich gehe von der Überlegung aus, dass meine Lebensarbeit auch künftig einen Sinn zum allgemeinen Nutzen haben soll und bestimme daher für den Fall meines Todes das Folgende:

[...]

- 3.) Mein Vermögen soll in eine gemeinnützige Stiftung eingebracht werden, deren Träger die Gemeinde Nümbrecht (Oberbergischer Kreis) ist. Zweck der Stiftung, die als Sondervermögen zu verwalten ist, ist die Erhaltung der Kurparkanlagen und deren Verschönerung, die Förderung des Fremdenverkehrs in der Gemeinde Nümbrecht, Verschönerung des Ortes Nümbrecht und ähnlicher Maßnahmen!*
- 4.) Im Falle künftiger sogenannter Verwaltungsreformen, gilt als Begünstigter der Stiftung, die Gemeinde Nümbrecht in ihrem jetzigen Gebiet.*
- 5.) Name der Stiftung ist, im Gedenken an meine Großeltern Heinrich und Anna Peters, Distelkamp, „Frese-Peters-Stiftung“.*
- 6.) Die Stiftung ist nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten, mit dem Ziel eines größtmöglichen Ertrages zu verwalten. Die Erträge der Stiftung im Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung des Vermögens stehen für die Zwecke der Stiftung zur Verfügung.*
- 7.) Die Substanz der Stiftung an Sachwerten darf nicht durch Verkäufe und Belastungen verringert werden. Falls aus geboten erscheinenden Gründen der Verkauf eines Objektes erfolgt, ist die Substanz durch Erwerb oder sonstige Beschaffung von Sachwerten in voller Höhe des Verkaufserlöses unverzüglich wieder zu ergänzen.*
- 8.) Die Verwaltung der Stiftung erfolgt durch einen aus fünf Personen zusammengesetzten Verwaltungsrat. Demselben sollen angehören:
 - a) der Gemeindedirektor der Gemeinde Nümbrecht oder sein Stellvertreter, [heute: Bürgermeister]*
 - b) zur Gewährleistung einer wirtschaftlichen Führung des Stiftungsvermögens ein Vorstandsmitglied der Raiffeisenbank Nümbrecht, [heute: Volksbank Oberberg eG]*
 - c) drei Mitglieder des Gemeinderats Nümbrecht [...]**
- 9.) Die Stiftung ist verpflichtet, die Familiengrabstätte Heinrich Peters auf dem Nümbrechter Friedhof, woselbst ich auch beerdigt zu werden bestimme, auf unbegrenzte Zeiten zu erhalten und zu pflegen.*

[...]

Wuppertal, 2. Oktober 1979; Dr. Horst Frese

Vertretung der Stiftung

Vorsitzender

Verwaltungsrat



Redenius, Hilko
Bürgermeister
Hauptstraße 16 - 51588 Nümbrecht
(02293) 302-100
hilko.redenius@nuembrecht.de

Persönliche Vertreter



Altwicker, Kurt
Allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters
Hauptstraße 16 - 51588 Nümbrecht
(02293) 302-170
kurt.altwicker@nuembrecht.de

Mitglieder



Stockhausen, Ingo
Vorstandsvorsitzender Volksbank Oberberg
Bahnhofstraße 3 - 51674 Wiehl
(02262) 984-104
ingo.stockhausen@volksbank-oberberg.de



N.N.
Vertreter der Volksbank Oberberg



Müller, Otto
Landwirtschaftsmeister
Haan 7 - 51588 Nümbrecht
(02293) 1353
mulla_mail@web.de



Schmidt, Roland
Unternehmensberater
Hochstraßen 15 - 51588 Nümbrecht
(02293) 2009
info@perspektivenrs.de



Rohsiepe, Lothar
Maler- & Lackiermeister
Wiehler Straße 38a - 51588 Nümbrecht
(02293) 7676
lothar-rohsiepe@web.de



Daub, Manfred Henry
Vertriebsleiter
Im Tor 8a - 51588 Nümbrecht
(02293) 44 11
henry.daub@web.de



Scheske, Fabian
Rechtsanwalt
Akeleiweg 12 - 51588 Nümbrecht
(02293) 91000
scheske@scheske-schmitz.de



Pauli, Heinrich
Polizeibeamter a.D.
Huppichterother Str. 17 - 51588 Nümbrecht
(02293) 1332
Heinrich.pauli@t-online.de

Geschäftsführer



Mast, Reiner
Gemeindekämmerer
Hauptstraße 16 - 51588 Nümbrecht
(02293) 302-133
reiner.mast@nuembrecht.de



Altwicker, Kurt
Allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters
Hauptstraße 16 - 51588 Nümbrecht
(02293) 302-170
kurt.altwicker@nuembrecht.de